



FOCUS vom 18.09.2021, Nr. 38, Seite 58 / WIRTSCHAFT

Titelthema  
TITEL

## Teure Details

**Vom Arbeitslosengeld bis zum Zuschuss für Lastenräder: In den Wahlprogrammen kommt es aufs Kleingedruckte an.**

**Arbeitslosenversicherung** Wer länger eingezahlt hat, soll auch länger Arbeitslosengeld I beziehen, findet die SPD. Die Grundsicherung (Hartz IV) will sie durch ein "Bürgergeld" ersetzen, das leichter und digital zu beantragen ist und auch höhere Regelsätze enthält. Die Grünen wollen zudem einen Anspruch auf Weiterbildung in der Arbeitslosenversicherung festschreiben, die Linkspartei möchte auch Selbstständige aufnehmen. Die FDP wirbt dagegen für ein "Liberales Bürgergeld", das Sozialleistungen wie die Grundsicherung, Hilfe zum Lebensunterhalt oder Wohngeld zusammenfasst. Außerdem wollen die Liberalen die Möglichkeiten zum Hinzuverdienst verbessern.

**Plus oder Minus?** Viele Vorschläge der Parteien wirken sich individuell höchst unterschiedlich auf die Wähler aus

**Bürgerversicherung** SPD, Grüne und Linke kritisieren seit Langem eine Zwei- klassenmedizin, in der Privatversicherte bessere Therapien erhalten und schneller an Termine kommen. Deshalb wollen sie, dass alle Bürger in die gesetzliche Krankenkasse (GKV) einzahlen. Dagegen sind Union und FDP davon überzeugt, dass Wettbewerb auch im Gesundheitssystem funktioniert. Sie wollen am Nebeneinander von privater und gesetzlicher Krankenkasse festhalten.

**CO<sub>2</sub>-Preis** Treibhausgase schaden dem Klima. Deshalb hat CO<sub>2</sub> seit Januar einen Preis: Eine Tonne kostet die Verursacher aktuell 25 Euro. Das wiegt aber noch lange nicht die Klimaschäden auf, die durch den Ausstoß entstehen. Deshalb soll der CO<sub>2</sub>-Preis bis 2026 auf bis zu 65 Euro steigen. Die Grünen fordern, dass dieser Preis schneller erreicht wird und stärker steigt. Auch Union, SPD und FDP wollen den Preis erhöhen, wobei die Linken den Zertifikatehandel ablehnen. Sie wollen den Ausstoß staatlich regulieren. Den CO<sub>2</sub>-Preis zahlen zwar zunächst nur Unternehmen. Er hat aber durchaus Auswirkung auf den Verbraucher (siehe "**Energiegeld**"). **Dienstwagen** Die Grünen wollen an die Steuersubventionen für Dienstwagen ("Dienstwagenprivileg") ran. Diese sollen sich stärker an ökologischen und sozialen Kriterien orientieren. Die Linke will das Dienstwagenprivileg gleich ganz abschaffen. **Energiegeld** Ein höherer CO<sub>2</sub>-Preis trifft Geringverdiener besonders stark. Sie können nicht so leicht auf ein E-Auto oder Solarstrom umsteigen. Auch fallen Kosten für Heizung und Sprit angesichts ihres niedrigen Einkommens stärker ins Gewicht. Um das auszugleichen, wollen die Grünen die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung als **Energiegeld** an die Bürger auszahlen. Vor allem Geringverdiener sollen davon profitieren. Die FDP macht einen ähnlichen Vorschlag und nennt das "Klimadividende". Die Union wiederum will die Pendlerpauschale erhöhen.



**Flugverspätungen** Nach Vorstellungen der Union sollen Verbraucher bei Flugverspätungen künftig automatisch Geld zurückbekommen. Einen ähnlichen Vorschlag macht die FDP. **Gesundheitsamt** Aus der Pandemie ziehen alle Parteien - mit Ausnahme der AfD - die Lehre, dass Gesundheitsämter besser ausgestattet und vor allem digitaler werden müssen. Union und SPD haben sich bereits verständigt, dafür vier Milliarden Euro bereitzustellen. Die FDP will darüber hinaus das Robert Koch-Institut unabhängiger vom politischen Einfluss machen. Die Grünen fordern einen unabhängigen Pandemierat. **H Heizkosten** Heizen mit fossiler **Energie** wird teurer, egal welche Partei siegt. SPD, Grüne und Linke scheiterten noch im alten Bundestag mit der Forderung, dass sich Mieter und Vermieter die Zusatzkosten bei der Heizung teilen müssen, an der Union. Linke und Grüne fordern nun, Vermieter diese Kosten allein tragen zu lassen. **Immobilienbau** Um den Wohnungsmarkt zu entlasten, setzen Union und FDP auf mehr Neubau. CDU und CSU möchten bis 2025 anderthalb Millionen neue Wohnungen bauen. Die FDP will weniger Bürokratie, um das Bauen zu erleichtern. SPD, Grüne und Linke planen mehr sozialen Wohnungsbau. Linke und Grüne versprechen eine Million neue Sozialwohnungen. **Kohleausstieg** Die Union hält an dem bereits beschlossenen Ausstiegsdatum 2038 fest. Die SPD offiziell auch. Aber Kanzlerkandidat Olaf Scholz schließt auch einen früheren Ausstieg nicht aus. Die FDP nennt kein Datum. Dafür aber Die Linke und Die Grünen: Sie wollen bis 2030 ganz auf Kohle verzichten. Spätestens 2035 wollen beide Parteien ausschließlich **erneuerbareEnergien** einsetzen. **Lastenräder** Die Grünen wollen Privatleute bei der Anschaffung eines Lastenrades mit jeweils 1000 Euro unterstützen, um die Zahl der Autofahrten zu reduzieren. Für Unternehmen fördert der Bund bereits seit Jahren die Anschaffung von Lastenrädern. **Mittelstandsbauch** Der Begriff umschreibt den starken Anstieg der Steuersätze für untere und mittlere Einkommen. Das heißt: Bei jeder Gehaltserhöhung langt der Staat kräftiger zu. Um das abzumildern, müsste die Regierung die Steuerkurve abflachen. Dafür soll nach Vorstellung der SPD der Spitzensteuersatz künftig erst ab einem höheren Einkommen greifen. Denkbar wäre das etwa ab 70 000 statt bislang 59 000 Euro Jahreseinkommen. Geht es nach der FDP, soll der Höchstsatz sogar erst ab 90 000 Euro gelten und der Tarif bis dahin linear ansteigen. **Niedriglohn** Explizit will nur Die Linke den Niedriglohnsektor abschaffen. Die Tarifbindung soll für alle Unternehmen gelten, Leiharbeit will die Partei verbieten. Die Union will hingegen an Zeitarbeit festhalten und die Minijob-Obergrenze auf 550 Euro anheben. Für Geringqualifizierte will die Union die Weiterbildung stärken. Die SPD plant ein Bundestariftreuegesetz: Aufträge des Bundes sollen nur an Firmen mit geltendem Tarifvertrag vergeben werden dürfen - bislang gilt das nur auf Länderebene. Auch die Grünen wollen Tarifverträge stärken. Außerdem wollen sie den Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen und Leiharbeiter den Stammbeschäftigten gleichsetzen. Das will auch die AfD. **ÖPNV** Die Grünen wollen die Fahrgastzahlen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bis 2030 verdoppeln. Ein Ziel ist auch, die Netze besser auf den Fern- und Radverkehr abzustimmen. Außerdem fordern Die Grünen niedrigere Ticketpreise, Die Linke einen kostenlosen ÖPNV. Die FDP setzt auf digitale Ruftaxis und mehr Wettbewerb im Taxi- und Busmarkt. **Pendlerpauschale** Derzeit bekommt ein Arbeitnehmer für seinen Weg zur Arbeit für jeden Kilometer eine Pauschale (0,30 Euro bis zum 20. Kilometer, darüber 0,35 Euro) bei der Steuer gutgeschrieben. Die CSU will diesen Betrag vom jährlichen Durchschnittspreis für Diesel und Benzin abhängig machen: Zehn Cent mehr sollen die Pauschale um einen Cent steigen lassen.



**Mehr oder weniger?** Geld ist nicht alles. Bei der Wahl geht es auch um die Frage, in welcher Welt wir morgen leben wollen

**Recht auf Reparatur** Die Grünen wollen ein "Recht auf Reparatur", damit weniger Elektrogeräte wegen kleinerer Defekte weggeschmissen werden. In Anlehnung an EU-Recht sollen Designvorgaben gemacht und Produktpässe erstellt werden. Die SPD plant Ähnliches, Die Linke eine gesetzliche Mindestnutzungsdauer von fünf Jahren. Die Union will, dass die Verbraucher über die Reparierbarkeit informiert werden. Auch die AfD spricht sich für bessere Reparaturbedingungen aus. Die FDP

dagegen warnt, Designvorgaben dürften nicht den technologischen Fortschritt behindern. **Steuerhinterziehung** Die Grünen wollen strenger gegen Steuerhinterzieher vorgehen. Schon jetzt ist es in Baden- Württemberg möglich, Steuerhinterzieher auf analoge Weise anzuzeigen. Das soll künftig nach Vorstellung der Grünen auch digital möglich werden. Kritik daran kommt allerdings von Union und SPD.

### LESERDEBATTE

Fürchten Sie eine Erhöhung der Steuern?

Schreiben Sie uns an [leserbriefe@focus-magazin.de](mailto:leserbriefe@focus-magazin.de)

**Tempolimit** SPD, Grüne und Linke fordern ein Tempolimit von 130 bzw. 120 Stundenkilometern auf Autobahnen. Linke und Grünen wollen Tempo 30 innerorts mit Ausnahme größerer Straßen. Sie begründen dies mit Verkehrssicherheit und Klimaschutz. Union, FDP und AfD lehnen das ab und wollen, dass jeder auf der Autobahn weiterhin so schnell fahren darf, wie er es sich zutraut. **Unternehmenssteuern** Unter dem Begriff sammeln sich alle Steuern, die ein Unternehmen zu zahlen hat, zum Beispiel Umsatzsteuer, Gewerbesteuer oder Grundsteuer. Union und FDP wollen die Steuerbelastung insgesamt senken, die SPD setzt auf eine globale Mindeststeuer. Die Grünen fordern, die Steuer auf Veräußerungen vom ersten Tag an zu erheben und die Linken planen eine generelle Höherbelastung der Unternehmen. **Vererben** Die Grünen wollen über eine höhere Erbschaftssteuer eine gerechtere Vermögensverteilung erreichen. Auch die Linkspartei will Erbschaften stärker besteuern, weil Superreiche Millionenvermögen in Unternehmensanteilen steuerfrei vererben könnten. Die SPD beklagt dies ebenfalls. Die FDP dagegen lehnt Verschärfungen gerade im Hinblick auf die Fortführung von Familienunternehmen ab. **Wohnkosten** Die Union möchte Wohneigentum fördern, vor allem für Familien und dazu bestehende Förderprogramme ausweiten. Die FDP will höhere Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer durchsetzen. Auf der anderen Seite planen SPD, Grüne und Linke, den Mietmarkt strenger zu regulieren. Dazu gehören Preisstopps, im Fall der Linken auch die Enteignung von Vermietern. **Zu Hause arbeiten** Die Lockdowns zur Bekämpfung der Pandemie haben der bis dato verpönten Heimarbeit ein positives Image verschafft. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer haben die Vorteile des Homeoffice kennen gelernt. Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat gefordert, das Recht auf Heimarbeit gesetzlich festzuschreiben. Dagegen stellen sich Union und FDP. Die FDP will das Arbeitsrecht allerdings den neuen Gegebenheiten anpassen. Zurzeit ist das Homeoffice steuerlich als Werbungskosten absetzbar.

*Was Wähler wissen sollten*

Quelle:	FOCUS vom 18.09.2021, Nr. 38, Seite 58
Ressort:	WIRTSCHAFT
Rubrik:	Titelthema
Dokumentnummer:	foc-18092021-article_58-1

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/FOCU\\_8a49190c48573fa99bc05ac15093ebc877418a14](https://www.wiso-net.de/document/FOCU_8a49190c48573fa99bc05ac15093ebc877418a14)

Alle Rechte vorbehalten: (c) FOCUS Magazin-Verlag GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH